

00:02:01

Guten Morgen.

Herzlich willkommen in der Bundespressekonferenz.

Heute mit der Vorstellung des Gutachtens zu einer möglichen Verfassungswidrigkeit der AfD.

Das stellen vor.

Professor Dana Sophia Valentina schieß, sie ist Vorstandsmitglied der Gesellschaft für Freiheitsrechte und Dr.

Bijan Moini, der Legal Director der GFF und Projektleiter des Gutachtens.

Frau Professor Valentina beginnt bitte.

Sehr geehrte Mitglieder der Bundespressekonferenz, die Gesellschaft für Freiheitsrechte, die GFF ist ein gemeinnütziger Verein, der die Grund und Menschenrechte mit rechtlichen Mitteln verteidigt,

00:02:36

Insbesondere durch strategische Prozessführung.

Die GFF hat bereits mehr als 45 Verfassungsbeschwerden beim Bundesverfassungsgericht eingereicht und führt hier regelmäßig Verfahren.

Herr Muini hat selbst schon mehrfach vor dem Bundesverfassungsgericht verhandelt.

Die GFF fördert als Verein das demokratische Staatswesen, den Verbraucherschutz und die Forschung und Wissenschaft und das auch durch eigene rechtswissenschaftliche Forschung. Das heute vorzustellende Gutachten beschäftigt sich mit der Frage, ob die Parteialternative für Deutschland nach den Maßstäben des Artikel 21 Absatz 2 Grundgesetz verfassungswidrig ist.

00:03:13

Die Hürden für ein Parteiverbot sind aus gutem Grund sehr hoch.

Die Verfassungswidrigkeit ist auf Antrag von Bundestag, Bundesrat oder Bundesregierung durch das Bundesverfassungsgericht festzustellen,

wenn eine Partei nach ihren Zielen oder dem Verhalten ihrer Anhänger darauf ausgeht, die freiheitliche demokratische Grundordnung zu beseitigen oder zu beeinträchtigen.

In der Debatte über ein mögliches Parteiverbot fehlt es bislang an einer belastbaren, wissenschaftlich erarbeiteten Einschätzung zur Verfassungswidrigkeit der AfD.

00:03:44

Mit seiner Fragestellung, Methodik und Breite der Untersuchung füllt das Gutachten große Erkenntnislücken,

Die in der Politik, aber auch der Rechtswissenschaft bestehen.

Einerseits durch eine möglichst vollständige Erfassung der AfD mit samt ihrer Landesverbände unter Berücksichtigung der Wahlprogramme der Partei, der Positionen ihrer Parlamentsfraktion und der Äußerung ihrer Funktionäre.

Andererseits durch eine intensive Auseinandersetzung mit den dogmatischen Grundlagen von Parteiverboten und der konsequenten Anwendung in allen in Fragekommenden Politikfeldern.

00:04:23

Das Gutachten beantwortet auf ca.

1500 Seiten neben einem ebenso langen Anhang die Frage, ob die AfD im Falle eines entsprechenden zulässigen Antrags verboten werden könnte oder nicht.

Es bietet damit eine neue Grundlage für die gesellschaftliche und auch für die politische Debatte um ein mögliches Verbotsverfahren der AfD.

Mit 3 Millionen geprüften Datenpunkten berücksichtigt das Gutachten eine sehr umfangreiche Datenbasis zur AfD.

Das Expertenteam hat dafür öffentlich zugängliche Datensätze aus sozialen Medien, Parlamentsdokumenten, Wahlprogramm, Veranstaltung, Pressemitteilung und weiteren Veröffentlichungen in ihre Analyse einbezogen.

00:05:06

Acht Expertin für Verfassungsrecht, für Rechtsextremismus, für Recherche und Datenanalyse haben 13 Monate an der Erstellung des Gutachtens gearbeitet.

Leitende Prinzipien der Arbeit waren die Anwendung der wissenschaftlich anerkannten juristischen Methodik sowie die Ergebnisoffenheit der Erkenntnisprozesse, sowohl in Bezug auf das Gesamtergebnis als auch in Bezug auf die tragenden Zwischenergebnisse.

Die Ergebnisoffenheit schlug sich nieder in einer strengen Auslegung und einer strengen Prüfung des Artikel 21 Absatz 2 Grundgesetz und auch in einer aufwendigen

00:05:42

Begründung der Grundtendenz der AfD in entscheidenden Sachverhaltsfragen.

Finanziert wurde das Gutachten ausschließlich durch private Spenden von über 20.

000 1000 Menschen in Höhe von über einer Millionen Euro.

Und Herr Muini wird uns jetzt erläutern, zu welchen Ergebnissen das Gutachten kommt.

13 Monate lang hat die Gesellschaft für Freiheitsrechte mit einem achtköpfigen

Expertenteam 3 Millionen Datenpunkte ausgewertet und kommt auf der Grundlage von mehr als

00:06:12

2500 Belegen zu dem eindeutigen Ergebnis, dass die AfD verfassungswidrig ist.

Die AfD ist verfassungswidrig im Sinne des Artikel 21 Absatz 2 des Grundgesetzes.

Das bedeutet, dass ein zulässiger Verbotsantrag nach unserer Einschätzung wahrscheinlich Erfolg hätte.

Für die Frage der Verfassungswidrigkeit ist entscheidend, ob sich eine Partei gegen eines der drei Wesensmerkmale der freiheitlichen demokratischen Grundnung richtet.

Das sind die Menschenwürde, das Demokratie und das Rechtsstaatsprinzip.

00:06:44

Das Bundesverfassungsgericht hat klargestellt, richtet sich eine Partei gegen eines dieser Merkmale, richtet sie sich gegen die freiheitliche demokratische Grundordnung insgesamt. Wir stützen unser Ergebnis auf zwei Säulen, die es unabhängig voneinander tragen. Die AfD richtet sich gegen das Demokratieprinzip, indem sie ihre politischen Gegnern unterdrücken will und sie richtet sich gegen die Menschenwürde, weil ihre rassistisch geprägtes politisches Konzept, ganz ähnlich wie das der NPD, unterschiedliche Klassen an Menschen etabliert.

00:07:16

Zunächst zur Demokratiefeindlichkeit.

Die AfD möchte Politikerinnen anderer Parteien strafrechtlich verfolgen.

Sie ruft nach Haftbefehlen, nach der Anklagebank, nach Gefängnisstrafen für Entscheidungen, die ihr politisch nicht passen.

Der Nährboden für diese Forderungen ist eine Ideologie, wonach politische Gegnerinnen nicht als gleichberechtigte Akteurinnen im demokratischen Wettbewerb, sondern als Volksverräter angesehen werden.

Politiker innen anderer Parteien werden als Vasallen Amerikas, als gesteuert, als Marionetten beschrieben, die darauf hinarbeiteten,

00:07:50

Eine Diktatur zu errichten und die Krieg gegen die eigene Bevölkerung führten.

Diese Ideologie ist für sich genommen nicht demokratiefeindlich.

Auch übertriebene polemische oder faktenwidrige Kritik an politischen Gegnerinnen ist im demokratischen Diskurs erlaubt.

Aber das so erschaffene Feindbild rechtfertigt es politische Gegnerinnen aus dem Prozess der politischen Willensbildung auszuschließen.

Und dafür, dass es der AfD genau darum geht, haben wir mehr als 220 ernstzunehmende Belege gefunden.

00:08:21

Natürlich nicht in den Wahlprogrammen der Partei, aber in vielen Einzeläußerungen auf allen Ebenen,

Vor allem auch auf der höchsten.

Von den Bundessprechern Weidel und Kupaller, vom stellvertretenden Bundessprecher Brandner und von Dutzenden weiteren Bundestagsabgeordneten und Funktionärinnen.

Die Äußerungen werden vom Bundesverband und verschiedenen Landesverbänden geteilt und es gibt keinerlei Widerrede innerhalb der Partei, erst recht keine Strömung, die sich dagegen stellte.

Man kann und muss deshalb eine entsprechende Grundtendenz der Partei feststellen.

00:08:53

Insgesamt wird die strafrechtliche Verfolgung von rund 20 konkret benannten und von weiteren unbenannten Politiker innen gefordert.

Ernstzunehmen sind diese Äußerungen, weil sie sehr explizit sind.

Bilddarstellung von Karl Lauterbach oder Angela Merkel in Handschellen, Forderung nach Haftbefehlen und nach langjährigen Gefängnisstrafen.

Alice Weidel sagte 2019, sie werde persönlich dafür sorgen, dass Angela Merkel letztendlich vor einem Gericht lande.

Stefan Brandner sagte 2022 in Bezug auf Merkel und auf Olaf Scholz, irgendwann habe man mal einen schneidigen Justizminister und einen schneidigen Staatsanwalt,

00:09:30

die sich das Ganze mal vornehmen.

Und den Anlass für diese Forderung bieten nicht potenzielle Straftaten, Sondern demokratisch legitimierte Entscheidungen zur Migrationspolitik, zur Coronapandemie, zur Verwahrlosung der Infrastruktur, zum Atomausstieg und zur Ukraine politik.

Politisch motivierte Strafverfolgung aber verletzt ganz klar das Demokratieprinzip. Daneben richtet sich die AfD auch gegen die Menschenwürde von verschiedenen Personengruppen.

Ihr politisches Konzept ist auf die Ausgrenzung, Verächtlichmachung und weitgehende rechtliche Abwertung von bestimmten Deutschen mit Migrationsgeschichte, von Musliminnen,

00:10:05

von Schutzsuchenden und weiteren gesellschaftlichen Gruppen wie Transpersonen gerichtet und etabliert dadurch verschiedene Klassen an Menschen.

Ein zentraler Aspekt im politischen Konzept der AfD ist ihr ethnischkulturelles Volksverständnis.

Während das Grundgesetz nur ein Staatsvolk kennt, das Bürgerinnen gerade nicht nach ihrer Herkunft klassifiziert,

können wir der AfD auf der Grundlage von mehreren hundert Belegen nachweisen, dass sie ein davon abweichendes Volksverständnis vertritt.

Deutscher in ihrem Sinne sind nicht alle, die einen deutschen Pass besitzen, sondern nur die mit entsprechenden Vorfahren.

00:10:42

Entscheidend ist aber nicht, dass die AfD von einem solchen Volksverständnis geprägt ist, sondern dass sie es auch realisieren will.

Wir weisen der Partei nach, dass sie bestimmte Deutsche mit Migrationsgeschichte, z.

B. Straffällige mit zweiter Staatsangehörigkeit und wohl auch Eingebürgerte mit nur einer ausbürgern, also ihres Wahlrechts berauben und ausweisen möchte.

Für diese moderne Form der Verbannung gibt es keine Rechtfertigung und schon die Drohung damit verletzt insbesondere versetzt insbesondere solche Personen, die ihre zweite Staatsangehörigkeit nicht ablegen können, in einen dauerhaft unsicheren, abgewerteten Bürgerstatus.

00:11:17

Die AfD möchte aber nicht nur Teile des deutschen Volkes ausschließen, Sondern auch nur die Fortpflanzung bestimmter Deutscher fördern.
Die AfD Bundestagsfraktion forderte 2025 einen zinslosen Kredit von bis zu 10.000 € Je Geburt.
Mütter mit mindestens drei Kindern dürfen das Geld behalten.

Voraussetzung ist aber die deutsche Staatsangörigkeit beider Eltern.
Ausgeschlossen sind damit insbesondere Mischehen aus Deutschen und Nichtdeutschen.
Die AfD Sachsen möchte gar ein Begrüßungs Baby Begrüßungsgeld nur dann auszahlen, wenn beide Eltern Deutsche sind und kein Elternteil eine weitere Staatsangkeit hat.

00:11:57

Dieser symbolische Ausschluss bestimmter deutscher Kinder aus nicht hinreichend deutschen Familien ist mit der Gleichheit aller Staatsbürgerinnen unvereinbar.
Einen abgewerteten rechtlichen Status soll nach dem politischen Konzept der AfD auch Musliminnen haben.
Die Partei möchte Kopftücher, also ausschließlich islamische, in öffentlichen Einrichtungen verbieten, was jedenfalls für manche Musliminnen faktisch wie ein Betretungsverbot für Schulen, Rathäuser, öffentliche Krankenhäuser oder Bahnhöfe wirken kann.
Diese Politik der gezielten Verdrängung von Musliminnen und dem Islam zeigt sich auch in Forderung nach einem Minarettbau und einem Moesinrufverbot.

00:12:35

Die AfD Sachsen fordert gar Moscheebauten generell zu verbieten.
Abgewertet und ausgegrenzt werden sollen auch Schutzsuchende durch die verfahrensrechtliche Beseitigung des Abschiebungsschutzes und durch millionenfache Remigration wären Abschiebungen in Folter und andere menschenunwürdige Behandlung wahrscheinlich.
Der Ausschluss von Geduldeten von Schwangerschaftsbetreuung und Impfschutz würde diese in ihrer elementaren Rechtsgleichheit verletzen.
Und dasselbe gelte für das pauschale Verbot für Schutzsuchende Weihnachtsfeste oder Konzerte in Brandenburg zu besuchen oder für ihre Kinder die schulische Segregation in Sachsen

00:13:11

anhalt.

Wenn man die vorgenannten Punkte zusammensetzt und neben jene Forderungen und Äußerungen der NPD legt, die das Bundesverfassungsgericht in seinem Urteil von 2017 zur Begründung von deren Verfassungsfeindlichkeit angeführt hat, zeigen sich erstaunliche Parallelen. Für praktisch alle rassistisch geprägten Forderungen der NPD gibt es bei der AfD Entsprechungen.

Teils geht die AfD auch über Forderung der NPD hinaus. Oft ist sie sehr viel konkreter. Dieser Vergleich bestätigt uns in unserem Ergebnis.

00:13:42

Wir haben, wie schon betont wurde, ergebnisoffen gearbeitet. Entsprechend haben wir auch verschiedene Punkte untersucht, die zwar von Gefahren auch für andere Personengruppen zeugen, die wir aber am hohen Maßstab für die Verfassungswidrigkeit nicht zu Lasten der AfD gewertet haben. Die Partei ist z.

B. Von einem strukturellen Antisemitismus geprägt.

Das bedeutet, sehr viele ihrer Funktionärinnen verbreiten antisemitische Verschwörungstheorien.

Diese größtenteils codierten Äußerungen verbleiben jedoch auf der Ideologieebene und übersetzen sich anders als bei Musliminnen noch nicht in rechtlich relevante Maßnahmen.

00:14:19

Es gibt zwar vereinzelte konkrete Verletzungen der Menschenwürde von Jüen und Juden etwa durch die Verbreitung antisemitischer Karikaturen mit nationalsozialistischer Bildsprache.

Eine hinreichende Systematik ist in soweit jedoch noch nicht feststellbar.

Auch Behinderten feindliche Einstellungen sind in der AfD verbreitet.

Allerdings schlagen sich diese Einstellung noch nicht den hinreichend konkretisierten rechtlichen Maßnahmen nieder, die die Menschenwürde der Betroffenen verletzen könnte.

Wir konnten der AfD auch nicht nachweisen, dass sie den Parlamentarismus an sich abschaffen will.

00:14:53

Einen solchen Schluss lassen insbesondere die vom Bundesamt für Verfassungsschutz als verächtlich machendes Parlamentarismus gewerteten Belege nicht zu.

Diese Feststellungen ändern jedoch nichts am Ergebnis des Gutachtens.

Die AfD ist verfassungswidrig, weil sich ihr politisches Konzept gegen das Demokratieprinzip und die Menschenwürdige Garantie richtet.

Das gesamte Gutachten können Sie im Anschluss an die Pressekonferenz ab ca.

11 Uhr abrufen unter afd-gutten.

De.

Sie werden sehen, das Gutachten geht weit über bisherige Gutachten und wissenschaftliche Abhandlung hinaus und das ausschließlich auf der Grundlage von öffentlich zugänglichen Daten.

00:15:28

Anders als das Gutachten des Bundesamtes für Verfassungsschutz, dass z.

B. Keine Parlamentsdokumente auswertet und sich ausschließlich auf die Bundesebene konzentriert,

erfasst das Gutachten der GFF auch diese Dokumente und erstreckt sich auf die Landes und die Kreisebene.

Das Gutachten des Verfassungsschutzes fokussiert sich zudem fast ausschließlich auf die Muslimfeindlichkeit und den ethnischkulturellen Volksbegriff.

Es trägt dazu zwar vor, aber nichts dazu, wie die AfD dieses Volksverständnis realisieren will.

Andere für das Parteiverbot relevante Aspekte wie die Unterdrückung politischer Gegnerin werden vom Bundesamt für Verfassungsschutz nicht beachtet.

00:16:06

Diese Schwächen haben sich spätestens in der Eilentscheidung über die Einstufung als rechtsextremistische Bestrebung vor dem VG Köln auch gezeigt.

Das Gutachten der GFF will auch in soweit Lücken schließen.

Es stellt die bisher umfangreichste juristisch belastbare Untersuchung zur möglichen Verfassungswidrigkeit der AfD da und es belegt,

Dass die AfD darauf ausgeht, die freiheitliche demokratische Grundordnung zu beeinträchtigen und damit, dass ein zulässiger Verbotsantrag vor dem Bundesverfassungsgericht wahrscheinlich Erfolg hätte.

00:16:37

Dieses Wissenschaft Klarheit für Politik und Gesellschaft.

Es stärkt allen den Rücken, die sich tatsächlich und täglich für die Demokratie einsetzen.

Beamten, Mitglieder der Verwaltung, ebenso zivilgesellschaftliche Akteure und nicht Regierungsorganisationen können sich künftig auf eine wissenschaftlich fundierte Grundlage stützen,

wenn sie gegen klar verfassungsfeindliche Positionen der AfD Stellung beziehen.

Die Arbeit der GFF füllt eine wichtige Erkenntnislücke.

Mit diesem Gutachten müssen sich Politik und Gesellschaft jetzt auseinandersetzen.

00:17:10

Egal auf welcher Seite der Verbotsdebatte man dabei steht, das Argument ein Verbotantrag werde scheitern ist nach unserer Einschätzung nicht mehr haltbar.

Herzlichen Dank für diese Einführung und wir haben schon die erste Frage.

Bitte schön.

Ja.

Ja.

Felix Susmann, Redaktionsnetzwerk Deutschland.

Die Debatten rund ums Verbot gibt es äh Verbotung gibt's seit Jahren.

Die äh Fakten, die Sie zusammengetragen haben, liegen ja quasi ist ja alles open source Informations jetzt kein nachendienstliches Geheimwissen.

00:17:44

Ähm das heißt die die liegen den zuständigen Behörden vor, liegen am Bundesan
Verfassungsschutz sicherlich auch vor,
ähm werden in Teilen zumindest auch von der Politik zur Kenntnis genommen worden sein.
Ähm, trotzdem scheint mir äh die der Drive auch aus Verbotsbestrebung ähm
Verfahrensbestrebung relativ raus zu sein.
Haben Sie Hoffnung, dass ich das dadurch wirklich ändert?

Sollen wir mal werden wir angesprochen oder machen wir einfach so?

Nee, nee, sie sie beantworten, ne?

Sie können selber entscheiden, wer das wer das beantwortet, außer sie wollen jetzt von
einer bestimmten Seite die Antwort haben,

00:18:22

Bitte.

Die GFF hat mit dem Gutachten das Ziel verfolgt, eine wissenschaftlich fundierte und auch
breite Analyse der Materialien darzustellen.

Wir stützen uns ausschließlich auf öffentlich zugängliche ähm Quellen.

In dieser Bandbreite sind die bislang nicht ausgewertet worden.

Wir haben über 3 Millionen Datensätze in die Analyse einbezogen und hoffen damit einen
wissenschaftlich fundierten Beitrag zu leisten,
von dem Gesellschaft aber auch politische Debatte über einen möglichen Verbotantrag
profitieren kann.

00:18:54

Eine kleine Rückfrage noch.

Gehen Sie davon aus, dass dieses Gutachten ähm auch eine Rolle äh im Prozess äh
Verfassungsschutz gegen AfD in Köln spielen wird,

Also die neue Beleglage dann wir gehen davon aus, dass das Gutachten jedenfalls für Politik
und Gesellschaft eine so große Rolle spielen wird,

dass sie sich damit auseinandersetzen werden müssen.

Dann Herr Fürstenau, Herr Marcel Fürsten deutsche Welle Frau Professor Valentina, sie haben angesprochen, dass damit eine politisch gesellschaftliche Debatte ausgelöst werden soll.

00:19:24

Sie haben ja eingangs auch die drei Verfassungsorgane genannt, die Antragsberechtigt sind für ein Verbotsverfahren.

Wie waren bisher ihre Kontakte in die Politik hinein, also in die drei Verfassungsorgane? Bundesregierung, Parlament, Bundesrat oder wenn es Sie nicht gegeben hat, haben Sie vor solche Kontakte zu knüpfen.

Das Gutachten haben wir nach wissenschaftlichen Kriterien erstellt und haben dafür ein Expertenteam zusammengestellt.

Das Gutachten war nicht darauf gerichtet, ähm unmittelbar mit Akteuren, die Antragsberechtigt wären, in Kontakt zu treten.

00:19:59

Wir hoffen, dass in der Debatte dieses Gutachten nun aber aufgegriffen und verarbeitet werden kann.

Nachfrage.

Meine Frage war jetzt so gemeint, ob sie das aktiv, also sie haben jetzt gesagt, dass sie es bisher nicht getan haben,

Aber haben Sie jetzt vor, nachdem Sie in diesem Moment das vorgestellt haben, hier doch an die entsprechenden Antragsteller ranzutreten?

Also, wir werden die Inhalte vermitteln, aber wir verfolgen keine Agenda.

Herr Lening, der Kollege neben war zuerst an.

Jetzt ist es so, dass Herr Dobrind gesagt hat, dass die Informationen, die man bisher gesammelt hat in den Verfassungsschutzgutachten,

00:20:36

dass sie bei weitem nicht dafür ausreichen würden, ein Verbotsverfahren anzustrengen.

Es gibt verschiedene Parteien, die sagen, man müsste mal Informationen sammeln, das ist bisher noch nicht passiert.

In wie fn können Sie das nachvollziehen, dass da die Politik sagt, dass die Informationen, die auch mit geheimdienstlichen Mitteln gesammelt werden, bislang nicht ausreichen, um ein Prüferverfahren einzuleiten.

Also auf der Grundlage des BV Gutachtens verstehe ich diese Aussage von Herrn Dobrin.

Auf der Grundlage unseres Gutachtens nicht mehr.

Und das liegt daran, Frau Valentina hat es auch schon angedeutet, dass das Bundesamt sich tatsächlich nur den Bundesverband angesehen hat,

00:21:10

nicht die Landesverbände und vor allen Dingen auch Parlamentsvorgänge nicht angesehen hat, weil es meint,

Dass es das nicht darf.

Und das haben wir alles mit berücksichtigt.

Wir haben auch sehr viele mehr Social Media Äußerungen ausgewertet und wir kommen eben,

wenn wir alles zusammensetzen und das haben wir getan zu einem sehr viel anderen vollständigeren Bild von der AfD als das BV das gekommen

ist.

Nachfrage jetzt acht Wissenschaftler 13 Monate, das ist ja jetzt, sage ich mal, was Manpower und Zeit angeht.

Das springt ja nicht den Rahmen dessen, was eine Partei zu leisten im Stande wäre.

00:21:42

Was würden Sie denen denn vielleicht empfehlen?

Was Entschuldigung, was wer was würden Sie denn vielleicht den Parteien empfehlen,

Die gesagt haben, dass sie sich dafür einsetzen wollen, einen Prüfverfahren einzuleiten?

Es gäbe ja anscheinend die Möglichkeit, das zu prüfen.

Wir erteilen da keine Empfehlung.

Wir haben das jetzt geleistet, weil wir gemerkt haben, da ist eine Lücke, eine Erkenntnislücke, wie schon gesagt wurde.

Die haben wir mit unseren Möglichkeiten versucht zu füllen,

so gut wir das konnten und dieses Angebot dieser Erkenntnis ist jetzt auf dem Tisch und die Parteien können damit machen,

00:22:16

was sie für richtig halten.

Frau Kornmeier, ähm was wäre denn aus Ihrer Sicht das stärkste Argument oder der stärkste Beleg,

Der bislang in der Debatte noch nicht so eine Rolle gespielt hat, der Kritiker eines AfD Verbotsantrags jetzt überzeugen könnten?

Also ganz klar neu ist, dass wir die Demokratiefeindlichkeit der Partei nachweisen konnten und dass sie politische Gegner in strafrechtlich verfolgen möchte.

Das spielte bislang in der politischen Debatte keine Rolle.

Das äh spielte vor allem auch im Gutachten das BEV keine Rolle und wenn man sich irgendeine politische Wirkung davon erhoffen mag,

00:22:51

dann könnte man sich vorstellen, dass dieser Aspekt, weil er eben neu ist und ähm anders

vielleicht verfängt, aber das kann ich nicht prognostizieren.

Und noch eine Nachfrage unter den acht Autoren.

Äh war das eine einstimmige Meinung zu diesem Ergebnis oder gab es auch abweichende Meinungen?

Die war einstimmig zum Ergebnis.

Nee, wir haben viel gerungen während der ganzen Zeit, aber zum Ergebnis war sie am Ende einstimmig und alles,

was wir letztlich ins Gutachten geschrieben haben, war auch immer einstimmig.

00:23:24

Frau Guse, Gudler Guter Guter.

Ähm, bei der NPD hatten wir ja die, wie es bisher immer hieß, andere Situation, dass sehr viel von dem,

was schließlich auch im Urteil gelandet ist, äh im Parteiprogramm stand und in anderen öffentlichen Dokumenten stand.

Ähm, bisher wurde das ja immer als wesentliche Hürde und wesentlich hier anders gelagerte Sache dargestellt.

Nun haben Sie ja einiges auch zitiert aus Wahlprogrammen und so weiter.

Ähm während wir eben bei den öffentlichen Äußerungen immer die Frage der Zurechenbarkeit haben.

00:23:57

Nicht jede Äußerung, die äh unwidersprochen äh bleibt, ist ja damit valide wirklich eine Äußerung der Partei.

Deswegen noch mal die Frage, wie ist aus ihrer Sicht dieses Verhältnis von wirklichen Parteidokumenten zur Äußerung und wie sind Sie in der Frage der Zurechenbarkeit?

Sie haben ja gerade gesagt, sie sind eben auch auf die Landesebene gegangen.

Ich habe das eben so verstanden, zum Teil auch auf die Kreisebene.

Ab wann ist das zurechenbar für die Partei?

Reicht hat der nicht Widerspruch?

Mhm.

Also, man muss erstmal unterscheiden Zurechnung und Gewicht.

Also Zurechnung, wenn ein Landesverband etwas vertritt und es gibt keinen Widerspruch dagegen, dann ist es der Partei erstmal zurechenbar.

00:24:33

Es hat aber natürlich geringeres Gewicht für die Bestimmung der prägenden Grundtendenz der Partei, als wenn etwas der Bundesverband selbst bestimmt.

Ähm, aber wenn man das quasi erstmal diese Hürde genommen hat der Zurechnung, sie

haben völlig recht,
Man kann nicht alles, was wir belegt haben, programmatisch belegen.

Es betrifft vor allem zwei Aspekte.

Der eine ist ähm das, was wir gerade besprochen haben, nämlich die Verfolgung politischer Gegnerinnen.

Das hatte ich auch in dem Statement kurz gesagt, die ist natürlich nicht programmatisch angelegt, sondern man muss sie aus Äußerung gewinnen.

00:25:03

Und das hat auch uns selbst überrascht, dass es so viele solche Äußerungen gab und gar keinen Widerspruch dazu.

Und wir mussten dann eine eben Grundtendenz etablieren, indem wir gesehen uns angeguckt haben, wer sagt das, in welchem Rang wird das gesagt, ähm mit welcher Wehenz wird das gesagt und gibt es eben Widerspruch oder sogar eine konkurrierende Strömung, die dagegen hält und sagt, ähm lass das mal, das ist der falsche Weg, das ist nicht in Ordnung. Und dieser Prozess, der war sehr aufwendig und den haben wir auch angestellt bei der Frage ethnisches Volksverständnis, ja oder nein?

00:25:35

Denn es gibt Erklärungen der AfD, die sich bekennen zu einem Staatsvolk, also zu dem staatsrechtlichen Volksbegriff und dann aber eine, wie wie ich auch schon sagte, viel hundertfache Äußerungen, die dem eben entgegenstehen und die dann plötzlich, wenn türkischstämmige kriminell werden, Nur noch von Türken gesprochen wird oder von Pastdeutschen gesprochen wird, wenn über die Nationalmannschaft geredet wird und so weiter. Und da wird dieses Volksverständnis deutlich und auch auf der Ebene der Realisierung, also was ist gewollt, da gibt es viele programmatische Anknüpfungspunkte,

00:26:12

die aber auch ergänzt werden dann z.

B. Wir durch, das nennen wir Verbaläußerung Ausbürgerung, also ganz konkrete ähm auf äh Androhung von Ausbürgerung von insbesondere prominenten Deutschen mit Migrationsgeschichte.

Herr Rat, das neue ist ja die Demokratiefeindlichkeit, die strafrechtliche Verfolgung von politischen Gegnern, Die aus dem politischen Leben gedrängt werden sollen durch strafrechtliche Ermittlungen. Wenn die AfD jetzt ein Parteiverbotsverfahren gegen die politischen Gegner einreichen würde, vorbereiten würde, 1500 Seiten auf den Tisch legen würde,

00:26:53

äh wäre das dann etwas anderes, also die Gegner mit einem Parteiverbotsverfahren aus

dem politischen Leben zu drängen?

Na, wenn es Anhaltspunkte dafür gäbe und es begründet wäre, dann wäre das ja keine Jedenfalls nach der Wertung des Grundgesetzes illegitimes Verdrängen aus demokratischen Diskurs.

Kein Nachbar.

Frau Digmann, danke.

Ähm, das Wort Prüfverfahren ist eben hier schon gefallen.

00:27:25

Ähm, es gibt ja auch die Debatte darum, ob man auch auf Grundlage des äh Verfassungsschutzgutachtens trotzdem, sage ich mal, nach der Eilentscheidung ein Verbotsverfahren anstoßen würde. Und ähm die Anhänger dieser Forderung sagen, danach wissen wir dann ja, ob die AfD tatsächlich verfassungsfeindlich ist oder nicht. Schließen Sie sich dieser ähm Einschätzung eines Verbotsverfahrens als Prüfverfahren an? Äh wir positionieren uns zu der Frage nicht.

00:27:56

Warum nicht?

Weil wir äh in den politischen Diskurs jetzt um die Verbotsdebatte nicht eingreifen wollen. Wir haben dezidiert versucht ein wissenschaftliches Gutachten zu schreiben,

Die Basis, die Entscheidungsbasis zu verbessern, aber wir äußern uns zu den Verfahrensfragen zu zum zu einem Prüfverfahren oder einem Verbotsverfahren nicht. Ähm kurze Nachfrage, ich verstehe das Verbotsverfahren als ein juristischen Akt. Die Entscheidung für ein Verfahren ist eine politische, aber ähm das Verbotsverfahren an sich ist ja ein juristisches, ja, aber auch das Framing,

00:28:33

also wie man das verpackt, ob man das Prüfverfahren nennt oder Verbotserverfahren, auch das ist eine politische Entscheidung und äh dazu verhalten wir uns nicht, dazu haben wir einfach keine Position.

Herr Hold, R von NTV erstmal, wie fügt sich denn der gestern öffentlich gewordene Vorfall mit dem erhobenen Arm von Herrn Reichad?

äh in IO Urteil.

Wir haben uns auch angesehen, es gibt ja ähm eine Voraussetzung und nicht eine Voraussetzung,

sondern ähm wenn man einer Partei Wesensverwandtschaft mit dem Nationalsozialismus nachweisen kann, dann hat das Indizwirkung für ihre Verfassungswidrigkeit.

00:29:07

Das hat das Bundesverfassungsgericht für die NPD festgestellt anhand von vielen ähm Beispielen, insbesondere sehr expliziten antisemitischen Äußerungen und vielen mehr. Und wir haben die NSWesverwandtschaft der AfD nicht feststellen können. Wir haben, es gibt zwar ganz einzelne äh Beispiele dafür, die in so eine Richtung gehen, also ich weiß nicht genau, was passiert ist. Ist ja auch sehr frischer Vorfall, aber jedenfalls, wenn es z. B. Ein deutlicher Hitlergruß wäre, äh dann könnte man das als Glorifizierung des Nationalsozialismus werten und wäre dann nach dem Maßstäben des Bundesverfassungsgerichts ein Datenpunkt,

00:29:44

der möglicherweise eine solche Wesensverwandtschaft begründen könnte. Aber die wenigen Anhaltspunkte, die wir dafür gefunden haben, sind sicher nicht prägend für die Partei.

Nachfrage, eine viel diskutierte vermeintliche Besonderheit der AfD ist ja,

Dass sie anders als meinetwegen Fratelli Ditalitia oder Le Pen sich eher radikalisiert haben sollte über den Lauf der Zeit und nicht versucht ja bürgerlicher zu werden.

äh deckt sich die diese Erzählung mit dem äh Gutachten und wie verhält sich es da im Gutachten auch mit den direkten Kontakten rein

00:30:14

in die freie Szene?

Spiel spielt das überhaupt eine Rolle für ihre Einschätzung?

Wir haben einen ziemlich ausführlichen Sachbericht im Gutachten, der sich genau mit den Fragen auseinandersetzt.

Also auf wen kommt es an in der Partei?

Das ist deshalb relevant, weil wir ja zur Bestimmung der Grundtendenz gerade in den Fragen,

In denen es programmatisch keine Festlegungen gibt, äh wissen müssen, wie wichtig eine bestimmte Person ist.

Also, dass z.

B. Alis Weide möglicherweise mehr Macht hat und das Gott mir darstellen als ihr Kollege Tino Kupala und ja es zeigt sich einerseits darin,

00:30:47

dass sich sehr radikale Personen durchgesetzt haben, systematisch in der Partei, sie sich gewandelt hat von einer eher wirtschaftsliberalen, liberären, nationalkonservativen hin zu eben der radikalen Partei, die sie jetzt ist.

Wir sehen es aber auch in vielen Forderungen, um es vielleicht am exemplarisch zu machen.

Das ist auch ein wesentlicher Punkt,
Den das BV in seinem Gutachten erwähnt hat, dass bei den letzten äh vor der letzten
Bundestagswahl in Rieser auf den Parteitag ein Beschluss
durchgegangen ist, den ich auch kurz erwähnt habe, nämlich das Verbot islamischer
Kopftücher in öffentlichen Einrichtung.

00:31:21

Das war eine Initiative aus der Mitte der Partei.
Es gab kurzen Widerspruch äh von höherer Stelle.
Ähm der wurde niedergestimmt mit großer Mehrheit.
Das ist nur ein kleiner Datenpunkt, aber wenn man dieses ganze Bild ansieht, dann sieht
man da schon eine Entwicklung,
die sich eben auch in der Programmatik widerspiegelt.

Herr Asch, Moment, ich habe das falsch so.
Nach diesem äh sehr massiven Aufschlag des Gutachens haben Sie ja gesagt, okay, wir gehen
jetzt erstmal nicht weiter in der Beschreibung,
aber in einer idealen Welt.
Welchen Fortgang würden Sie sich jetzt wünschen in zu einem Verbotsverfahren?

00:31:54

Und die zweite Frage, sie am eingangs erwähnte 45 Gutachten Erfahrung.
Was wäre so der Zeithorizont?
Wir wünschen uns, dass das Gutachten ernst genommen wird in Politik und Gesellschaft
und ein Beitrag leistet zu der weiteren Diskussion über einen möglichen
Verbotsantrag.

Uns geht's aber nicht um die Förderung eines Verbotsantrages.
Wir wollen die Debatte auf eine bessere Grundlage, auf eine wissenschaftlich fundierte
Grundlage stellen.
Gerade weil die Frage nach der möglichen rechtlichen Beurteilung und den
Erfolgsaussichten eines äh Verfahrens vor dem Bundesverfassungsgericht immer wieder in
der politischen Bewertung

00:32:31

auch eine Rolle spielt.
Zur Zeit meinen Sie jetzt was meinen Sie da genau?
In welcher Zeit könnte man, wenn eine Klage eingereicht würde, mit einem rechnen oder?
Ja, das hängt hängt ja von sehr vielen Dingen ab.

Also erstmal müsste dafür ja überhaupt äh einen Antrag gestellt werden von den Antrags
ähm Berechtigten.
Wenn man sich jetzt die letzten Verfahren anschaut zur NPD, muss man da üblicherweise

schon mit einer mehrjährigen Dauer der Bearbeitung beim Bundesverfassungsgericht rechnen?

Herr Wik, ja, äh sie haben ja schon die enorme Datenmenge kommuniziert.

00:33:02

Es glaube ich war Rede war von 3 Millionen Texteinheiten, 3 Millionen Social Media Post. Das führt natürlich ein bisschen zu der nah liegenden Frage, welchen Einsatz oder welche Rolle spielt KI.

Können Sie das vielleicht noch mal kennzeichnen und wie Sie da mit umgegangen sind, das wäre unter Umstand auch ein Einfalltor für Kritik an dem Gutachten?

Gerne.

Ähm ja, natürlich haben wir nicht 3 Millionen Datenpunkte händisch durchsehen können und wir haben dann Prompts entwickelt, die wir getestet haben anhand der Forschungsfragen, die sich orientiert haben an den Themen, die ich jetzt auch vorgestellt habe,

00:33:35

haben damit vorgefiltert und haben dann aber 33 000 Belege wirklich händisch durchgeprüft, die quasi vorgefiltert waren und haben daraus dann eben 2in5000 ermittelt, die es wirklich ins Gutachten geschafft haben.

Sie haben eine Nachfrage äh dann auch äh eine Verständnisfrage zu den Ausführungen zur Finanzierung.

Sie haben betont, Das waren ausschließlich Privat Personen, die gespendet haben.

Jetzt ist ja die Basisfinanzierung des Vereins kommt ja durchaus von größeren institutionellen Förderern, Illuminate Förderung, Open Society, wie trennen Sie das denn ab?

00:34:09

Also sozusagen diese Behauptung Behauptung zumindest die Darstellung ausschließlich Privatspender und gleichzeitig die Basisförderung von großen institutionellen Förderungen. Bertelswe glaube ich auch dabei, wenn Sie das kurz darlegen könnten.

Die GFF finanziert sich ausschließlich durch private Mittel.

Das sind private Spenden, das sind private Zuwendung von privaten Stiftungen beispielsweise oder philanthropischen Stiftungen.

Wir finanzieren uns nicht durch öffentliche Gelder und zur Abgrenzung vielleicht,

00:34:40

also wir haben spezifisch zu diesem Gutachten Spenden eingesammelt und haben ein Budget nur dafür gehabt und haben nur aus diesem Budget die Kosten gedeckt, die entstanden sind, vor allem natürlich für Personal.

Herr Kollege Philip Eckstein ARD, Sie hatten dazu zwar schon was gesagt, ich finde es ähm würde mich aber trotzdem noch mal fragen,

wie gehen Sie mit dem sehr nahliegenden Vorwurf um, das schon mit Aufsetzung dieses Gutachtens des Ergebnis feststand?

00:35:11

Wir haben schon beim Bewerbungsprozess genau darauf sehr gedrungen und klargestellt, Dass wir das Ergebnis offenprüfen und wir hätten auch nichts anderes machen wollen, weil es niemandem geholfen hätte, wenn wir einen Gutachten geschrieben hätten, das bestimmte Erwartungen erfüllt, aber am Ende überhaupt niemanden überzeugt und keinen Bestand hat.

Diese ganze Arbeit wäre völlig sinnlos gewesen, wenn wir das herbeigeschrieben hätten. Und ich habe auch schon so ein bisschen beschrieben, welche Dinge wir z. B. Ausgeschlossen haben am Ende nach Prüfung.

00:35:43

Ich habe auch schon angedeutet, wie wir gerungen haben mit vielen Debatten innerhalb des Teams und das hat uns wirklich immer angeleitet und immer äh beschäftigt bis zuletzt zu welchem Ergebnis wir kommen und von diesem Ergebnis aber waren wir letztlich sehr überzeugt. Ähm ich hätte noch eine Nachfrage. Sie haben jetzt mehrfach betont, dass Sie keine Agenda hatten.

Ich stolper da so ein bisschen drüber, weil ja auch die hohe Zahl der Spenderinnen und Spender, sie sprechen glaube ich von 18 000 auf ihrer Homepage. Das sind ja Leute, die wollten dieses Gutachten, aber als Schritt, um auch der Politik noch mal zu signalisieren,

00:36:18

dass sie ein solches Verbotsverfahren möchten. Zumindest nehme ich das so wahr. Ich finde es jetzt oder ich verstehe nicht genau, warum Sie jetzt sagen, das ist einfach nur ein Diskussionsbeitrag und es klingt so ein bisschen nach dem Motto, Eigentlich ist uns egal, was damit passiert.

Ist es nicht viel mehr so, dass sie mit diesem Gutachten doch noch mal einen Anstoß geben möchten an eben die Institutionen, die überhaupt eine Möglichkeit haben, einen solchen Verbotsantrag zu stellen? Das unterstellt ja wieder ein bisschen, dass wir wussten, was rauskommt und das wussten wir eben nicht. Das hätte genauso gut sein können, dass wir sehr viele Erwartungen enttäuschen.

00:36:52

Es stimmt, dass viele, die uns gespendet haben, sicher dieses Ergebnis erwartet haben.
Wir haben aber auch viele gehabt, die gespendet haben, explizit deshalb,
Weil sie die Idee gut fanden, dass wir diese Erkenntnislücke schließen und zwar mit dem
Anspruch, den wir hoffentlich erfüllt haben,
mit diesen sehr umfangreichen Gutachen.
Dann der Kollege, ich kann sie gerade nicht sehen.

Genau.

Äh Markus Seel äh von Markus Seel von Legel schon wieder online.
Ähm, in der Verbotsdiskussion wird ja auch immer wieder darauf hingewiesen, dass die AfD
eben nach außen hin, also vor der Bühne,
vielleicht was anderes sagt, als sie nach hinten hinter der Bühne zu sein plant und
beabsichtigt.

00:37:25

Im Stichwort auch das Potzam treffen.

Haben Sie jetzt bei Ihrer Auswertung Ihrer neuen Belege Hinweise gefunden,
Dass es dann größere Diskrepanz gibt, also dass es sozusagen im Hintergrund andere Pläne
der AfD gibt,

als das sozusagen nach vorne hin dargestellt wird?

Nein, aber auch, weil wir danach nicht gesucht haben.

Wir haben wirklich ausschließlich öffentlich verfügbare Daten ausgewertet und deshalb das
ist auch eine wesentliche Einschränkung natürlich unseres Gutachtens die und der die
Dienste,

00:37:56

wie man sie nennt, nicht unterliegen, die auf solche Daten zugreifen können.

Aber wir kommen eben selbst auf der Grundlage nur öffentlich verfügbarer Daten zu
diesem Ergebnis.

Dann dankbar eine Frage zu der Auswertung.

ähm 3 Millionen Datenpunkte sagen sie, bis es dann 2000 ins Gutachten geschafft haben.

Gibt es da irgendwie, bin mal salop gesagt, radikale Klaster in manchen Landesverbänden?

Haben Sie da ähm oder ist das Flächendecken verbreitet?

Haben Sie da irgendwelche Erkenntnisse gehabt?

Oder kommt es besonders von der Bundespartei oder besonders von einem Landesverband
oder mehreren?

00:38:30

Wir haben oft oft überlegt, ob wir solche statistischen Auswertungen machen wollen, aber
die wären nicht so seriös gewesen,
weil sich für bestimmte Fragen eben, also ich habe das auch schon dargestellt, wir sehr viele

Daten hatten und sammeln mussten und auswerten mussten,
Wie beispielsweise zum ethnischkulturellen Volksverständnis.
Und bei anderen Fragen kam es einfach nicht so stark darauf an, so dass so eine Auswertung
notwendigerweise irgendetwas verfälscht hätte.
Man kann die, weil wir dieses Gutachten auf afd-chten.

00:39:01

De veröffentlichen, auch alle Belege und weil unsere Partnerorganisation fragt den Staat alle
Belege auf einer Datenbank bereitstellt, selbst versuchen solche Auswertungen zu machen.
Also alles, was wir erarbeitet haben, wird öffentlich sein.
Aber wir haben es selbst nicht gemacht.
Dann der Kollege ganz hinten.

Ja, damit GP ZF.

Wir haben ja Landtagswahlen im Herbst im Osten, gerade in Sachsen-Anhalt ist eine AfD
alleinregierung nicht unbedingt unwahrscheinlich.
Können Sie noch mal was dazu sagen, was Ihre Gutachten darüber aussagt, was da von einer
AfD Alleinregierung in Sachsen-Anhalt ausgehen könnte?

00:39:39

Gerade Stichwort äh Demokratiefeindlichkeit, die Sie gefunden haben wollen, Verfolgung
politischer Gegner,
wenn dann vielleicht ein Innenministerium AfD besetzt ist und haben sie auch vielleicht
insbesondere diese Landesverbände genauer angeguckt,
in denen dieses Jahr noch gewählt wird.

Also, wir hatten uns vorgenommen,
Dass wir das machen für den Fall, dass wir nicht zu dem Gesamtergebnis hinsichtlich der
gesamten Partei kommen, dass sie verfassungswidrig ist.
Aber wir haben das deshalb nicht gemacht, weil wir zu diesem Ergebnis kamen.

00:40:10

Ähm, ich kann Ihnen so punktuell was zu Sachsen-Anhalt sagen.
Also was besonders hervorstar, ich habe das auch kurz erwähnt, ist die Forderung,
dass es Sonderklassen geben soll für die Kinder von Schutz suchenden und auch
Schutzberechtigten.
Also, sie sollen ausgegrenzt werden aus Regelschulen.

Das begründet die Partei damit, dass die einheimischen Kinder von den Belastungen
freigehalten werden sollen,
Die von diesen Flüchtlingskindern angeblich ausgingen.
Es geht da gerade nicht darum, sie bis zum Erwerb der deutschen Sprache in separaten
Schulen zu halten, sondern wirklich über ihre ganze Schullaufbahn.

00:40:42

Sie sollen dort auch in Klassen mit bis zu 40 Kindern unterrichtet werden und durch Lehrer aus ihren Heimatländern.

Das ist so eine der krasseren Forderungen, die wir in unserem Gutachten verarbeitet haben und auch eine Forderung, nämlich diese selektive Familienförderung von nicht allen deutschen Kindern. äh das ist auch im Parteiprogramm in Sachseinhalt verankert.

Dazu gibt es natürlich auch viele Punkte,

Die äh die man diskutieren könnte, z.

B. Wenn es um in Erinnerungskultur geht und dergleichen mehr, ob das schon in Richtung NSWesverwandtschaft gehen könnte, aber das sind alles Punkte,

00:41:16

die für uns jetzt für unsere rechtliche Beurteilung letztlich nicht relevant waren, weil wir die Schwelle für die NSWesverwandtschaft, weil sie ja Indizwirkungen hätte, sehr hoch angesetzt haben.

Zu der Frage Demokratiefeindlichkeit, verfolgung politischer Gegner, haben Sie da aus Sachsenanhalt auch besonders relevante Äußerungen gefunden?

äh bestimmt.

Äh also ich erinnere mich auf jeden Fall an eine von Herrn Tillchneider,

Aber ich kann die nicht auswendig wiedergeben.

Das können Sie aber sehr gerne nachlesen.

Und auch wie gesagt in der Datenbank, die wir bereitstellen, kann man auch nach Personen sortieren bzw.

00:41:49

Die Fragt, den Staat bereitstellt und dann könnte man sowas auch herausfinden.

Herr Denig, jetzt sind Sie noch mal dran gerade was die aktiv aggressiv ist, was das aktive aggressive Vorgehen gegen die freiheitlich demokratische Grundordnung angeht, was konnten Sie da feststellen?

Ja, dieser Begriff ähm aggressiv kämpferisch, der kommt noch aus der KPD-Entscheidung.

Der ist so ein bisschen überholt,

Weil das Bundesverfassungsgericht dieses darauf ausgehen, also das Handlungselement in dem ganzen,

es gibt diese Zielrichtung und das Handlungselement beschreibt als ein planvolles Vorgehen im Sinne einer qualifizierten Vorbereitungshandlung äh die auch und die Partei muss

00:42:26

auch das Potenzial haben dazu, ihre Ziele durchzusetzen und dass die Partei strategisch

vorgeht seit vielen Jahren und die Mittel dazu hat,
ihre Ziele umzusetzen, daran haben wir keine Zweifel.
Das haben wir auch auf mehreren Dutzend Seiten beschrieben, welche Mittel sie alles nutzt,
wie sie ein eigenes Medienökosystem aufgebaut hat,

Wie viele Mittel sie inzwischen hat, über 70.
000 Barvermögen von, ich glaube über 40 Millionen.
Die elektoralen Erfolge sind hier allen bekannt und dass sie auch das Potenzial hat jetzt
gerade akut in Sachsen-Anhalt selbst eine Alleinregierung zu erhalten,

00:43:01

das dürfte auch nicht bestreitbar sein.
Also spricht dieser dieses Handlungselement, das halten wir für unproblematisch.
Nachfrage dann noch einmal, wie würden Sie sagen, ich stell es später noch gleich.

Okay, dann ist der Kollege dran, der die erste Frage hatte ich so da.
Ähm ja, mich äh würde interessieren, sie schreiben äh in dem Presstext,
Dass ähm die Staatsrechtler in Möllerson Schönberger ähm die Ergebnisoffenheit des des
Gutachtens bestätigt hätten.

00:43:31

Vielleicht können Sie dazu noch ein bisschen was sagen und mich würde auch interessieren
ähm haben Sie das Gutachten vorab auch mit anderen juristischen
Expert in Staatsrechtlerin etc.
Geteilt?

Haben Sie da schon Rückmeldungen, die quasi ihre Erkenntnisse ähm bestätigen?
Wir haben uns mit vielen Wissenschaftlerinnen ausgetauscht im Vorfeld, aber es haben
noch keine anderen es vorab erhalten oder wir hätten Rückmeldung dazu bekommen.
Wir haben tatsächlich eben, weil wir viel Wert darauf gelegt haben,

00:44:02

Ergebnis offen zu arbeiten, gerade diese beiden Personen damit beauftragt, das zu prüfen,
ob uns das gelungen ist und sie haben das beide bestätigt.
Rückw dazu.
Also, die haben quasi den Prozess begleitet und das Endergebnis auch ähm gelesen und das
so nachvollziehen können.

Genau.

Insbesondere Letzteres, also wir haben auch punktuell gesprochen, aber Prozess begleitet
ist übertrieben.
Also wir haben nicht irgendwie zusammengearbeitet oder so, sondern wir haben
gelegentlich Zwischenergebnisse vorgestellt, wie wir gearbeitet haben,

00:44:34

das erklärt und dann gab es eine Endbegutachtung.

Er holt noch mal.

Könnten Sie bitte für die Allgemeinverständlichkeit noch mal runterbrechen, was Sie meinen mit Ihrem Befund zum Demokratieprinzip.

Als AfD Sympathisant würde ich da jetzt vermutlich einfach entgegenhalten, lass sie doch Merkel und Lauterbach und Ko verklagen wollen.

Egal wie schneidig der Staatsanwalt oder der Justizminister ist, wir haben eine unabhängige Justiz.

Warum ist das per se schon ähm bedenklich, wenn man solche Forderungen aufstellt?

Es ist hochgradig einschüchternd.

Also das Bundesverfassungsricht hat auch schon festgestellt, dass es sowas wie ein Chillingeffekt gibt und der wird sich auch vernünftigerweise kaum bestreiten lassen,

00:45:12

Wenn es Massen, also wenn es zu mehreren Fällen von Strafverfolgung käme, die politisch motiviert ist, hält das andere Menschen davon ab,

sich in den demokratischen Diskurs überhaupt zu begeben oder sich daran aufzuhalten oder bestimmte Positionen zu vertreten, bestimmte Entscheidungen zu treffen.

Also spricht, eine freie Demokratie ist einfach nicht mehr vorstellbar, wenn man für politische Entscheidung, nicht für straffwürdiges Verhalten, sondern für politische Entscheidung Sorge haben muss, verfolgt zu werden und im Gefängnis zu landen.

00:45:45

Frau Guter noch mal.

Ach so, hatten Sie Nachfrage?

Ich habe immer noch Zweifel, dass ich das irgendwie, dass ich das nach draußen übersetzt, äh weil wie gesagt,

im Zweifel ist ja die Justiz unabhängig.

Das also den den Punkt verstehe ich.

Man könnte natürlich sagen, man vertraut darauf, dass die Gerichte das schon nicht tun werden,

aber schon ein Strafverfahren zu führen ist natürlich eine extreme Belastung.

Sich verteidigen zu müssen ist eine extreme Belastung.

Überhaupt diesem Vorwurf ausgesetzt zu sein ist eine starke Belastung.

Und unsere Justiz funktioniert ja zumindest gegenwärtig so, dass Staatsanwältinnen dem Weisungs der weisungsgebunden sind und das heißt,

00:46:21

Sobald ein Justizminister eine Justizministerin der AfD entsprechende Weisung erteilt, l es jedenfalls an diesem Staatsanwalt sie zu verweigern, wenn er sie für rechtswidrig hält.
Und das ist für sich schon ein Problem und ein Angriff auch auf den Rechtsstaat.

Frau Geer, zwei Nachfragen.

Zum einen noch mal zu der Rolle von Möllus und Schönberger.

Ähm in der Frage der Ergebnisoffenheit liegt darin auch eine Plausibilitätsergebnisprüfung oder kann man das irgendwie trennen?

00:46:51

Und eine andere Nachfrage, äh wel ich das richtig verstanden habe, haben Sie sich mit der Frage Verbot einzelner Landesverbände auch der Frage der Möglichkeit nicht weiter befasst ähm und nicht gewichtet innerhalb des Gutachtens, Welches Land welche Rolle spielt.

Haben sie andersrum mal geschaut, ob äh das, was Sie aus Ländern an Länderstimmen haben, ob das ganz überwiegend nur sozusagen die üblichen Verdächtigen, also einzelne Landesverbände betrifft oder wie weit das auf die Gesamtpartei dann tatsächlich hochzurechnen ist.

00:47:23

Also bei den Fragen, bei denen es darauf ankommen, also mit dem letzteren zu beginnen, nämlich bei der Bestimmung der Grundtendenz, da haben wir uns eigentlich nie nur stützen können auf jetzt ein oder zwei oder drei Landesverbände, sondern gerade dort auch auf viele, also mindestens sechs, Sieben oder acht Landesverbände und natürlich auch auf dem Bundesverband.

Das heißt, das war schon auch eine Voraussetzung dafür, dass man überhaupt von einer prägenden Grundtendenz sprechen kann.

Wobei natürlich auch immer relevant ist, also selbst wenn es nur zwei, drei Landesverbände wären, aber es überhaupt keinen Widerspruch dagegen gibt,

00:47:55

dann kann das auch schon die Grundtendenz begründen.

Zu der ersten Frage zu Schönenberger und Möllers, wir haben ihn zwei Fragen gestellt.

Die erste war die, die gerade adressiert wurden.

Die zweite war, was sie von den Ergebnissen halten und da gab es bei beiden beeinstimmt Zustimmung zu dem,

Was wir zu Demokratiefeindlichkeit ausgeführt haben.

Und bei der Menschenwürde hat uns Christoph Möllers ist uns weitgehend gefolgt.

Vielleicht tippen so zu 80% oder so und Frau Schönberger war dort kritischer und hat nur ein Teil davon getragen.

Ähm, aber wie wiederum, was ich auch zu Beginn gesagt habe, äh letztlich trägt das Ergebnis schon eine einzelne Säule,

00:48:30

also nämlich die Demokratiefeindlichkeit oder die Menschenwürde Widrigkeit. Insofern sind wir mit dem Ergebnis der Zweitgutachten auch sehr zufrieden. Ich hätte noch eine Frage, ist aber eine andere. Ich gehe gerne wieder hinten auf die Liste. Das war halt so.

Noch mal die Nachfrage zum Kollegen eben, ab wann ist die Drohung mit dem Staatsanwalt ähm oder jemand der Handschellen dargestellt wird rein politisch reicht es dafür aus, dass kein Strafbestand genannt wird? Muss es irgendwie ganz offensichtlich keine Möglichkeit einer Strafbarkeit geben?

00:49:00

Also alleine die Drogen mit der Strafverfolgung als solcher ist ja nun möglich. Richtig. Das führen wir auch aus, was diese Schwelle ist. Und die Schwelle ist eben dort, wo es keinen vernünftigen Anhaltspunkt für eine Straftat gibt. Also, wir haben natürlich nicht Fälle äh oder Äußerungen bewertet oder eingestellt in unsere Prüfung,

In der es z.

B. Um ähm Andreas Scheuer ging oder so, um irgendwelche Vorwürfe in dem Zusammenhang oder auch um Vorwürfe zu Mastendeals und dergleichen. Das spielt bei uns überhaupt keine Rolle, sondern es geht ausschließlich um die Fälle, die ich auch beschrieben habe, also um sehr wage Vorwürfe,

00:49:35

z. B.

Dass Angela Merkel massenhaft Beihilfe zu Vergewaltigung geleistet hätte, weil sie wegen ihrer Migrationspolitik.

Das sind offenkundig absolut fernliegende Vorwürfe, die straflich überhaupt keinen Halt haben und die deshalb eben eine einschüchternde Wirkung haben, schon jetzt, aber vor allen Dingen natürlich extrem einschüchternd wären und eben auch Menschen sogar aus dem politischen Wettbewerb rauszwängen würden,

Wenn sie verfolgt würden.

Herr Mo, es war es war vielleicht gerade geantwortet, aber das würde ich gerne wissen. Wo liegt denn die Grenze zwischen Kritik und Feindlichkeit?

00:50:08

Ist es diese Verfolgung?

Genau.

Ja, wir lassen, also wir wir haben sehr viele Äußerungen, die z.

B. Auch das Bundesamt für Verfassungsschutz für problematisch hält, halten wir am Ende nicht für Belege für die Demokratiekeit.

Der das Problem fängt genau an der Stelle an, an der eben aus legitimer Kritik legitime Kritik umschwenkt in einem echten Verfolgungswillen, der überhaupt keinen Anhaltspunkt hat, für den es einfach keinen strafrechtlich spürbaren oder erkennbaren Grund gibt.

00:50:37

Und da wird es eben politisch motivierte Verfolgung, so wie man sie z.

B. Den USA jetzt bei Donald Trump gerade sieht.

Herr Schmidt, ähm habe ich Sie richtig verstanden?

Es gibt ja eine politische Diskussion, ob man, wenn man sich nicht einigen kann auf einen Verbotsverfahren für die Gesamtpartei, ob man dann eben gegen Landesteile vorgeht.

Sie richtig verstanden, dass mit ihrem Gutachten für sie eigentlich feststeht, wenn man es macht, dann muss man eigentlich schon die ganze Bundespartei angehen,

00:51:07

weil äh sie selbst gemerkt haben, dass das so schwerwiegend ist auf Bundes oder auf Gesamtpartei betrachtet,

Dass sie deswegen gar nicht mehr auf die einzelnen Landesteile gehen mussten.

Ähm und eine zweite Frage in bei den Gerichtsverfahren, die die AfD Bisl gegen die Verfassungsschutzgutachten geführt hat, hat sie sich immer beschwert, entlastendes Material wäre nicht genug eingeflossen.

Inwiefern haben sie selbst auch entlastendes Material aktiv gesucht, um das vielleicht mit einzubringen, um es gegenzusetzen?

00:51:39

Also zu dem ersten Punkt mit den Landesverbänden äh man könnte einverbotsverfahren gegen die ganze Partei führen, aber man müsste,

also da zu diesem muss verhalten wir uns nicht.

Ähm und zu dem zweiten Punkt, wir diskutieren z.

B. In dem Gutachten natürlich ausführlich die Erklärung zum deutschen Staatsvolk oder so ähnlich heißt sie glaube ich der AfD und stellen der aber eben

diese Hunderten von Einzeläußerungen entgegen, die das wieder kontakarieren, was da aufgeschrieben wurde und vor allen Dingen aber auch die rechtlichen Forderungen, wie z.

B. Diese sehr selektive diskriminierende Familienförderung, die man einfach nicht erklären kann, wenn andererseits angeblich nicht differenziert würde.

00:52:17

Und äh auch bei der Islamfeindlichkeit haben wir auch, es gibt auch vereinzelte positive Bezüge zum Islam,
Die in der Form ja wertschätzend will ich vielleicht nicht sagen, aber jedenfalls achtungsvoll sind.
Aber wenn dann statt, also auf der anderen Seite solche konkreten Diskriminierenden eben nur Islam und Musliminnen treffende Forderungen aufgestellt werden,

ist das dann in der Gesamtschau eben auch nicht schlagend.
Herr Warwik, Warik, ich glaube, ich habe vorher vergessen, mich vorzustellen Ostdeutsch und Berliner Zeitung.
Ähm, sie schreiben in der Presseinformation ja auch ein Verbotsantrag hörte wahrscheinlich Erfolg.

00:52:51

Jetzt mal abgesehen von dieser rein juristischen Blick spielt es auch spielt in auch Demokratie theoretisch Erörterung eine Rolle,
Wie sinnvoll es ist, eine Partei verbieten zu wollen, die derzeit bei fast 30% in Umfragen liegt, wie der Kollege erwähnt hat,
in Sachsenanhalt noch mal um 10% höher.

Mhm.

Das Parteiverbotsverfahren nach Artikel 21 Absatz 2 Grundgesetz unterscheidet ja gerade nicht danach, wie erfolgreich eine Partei ist und wie groß sie bereits ist.
Deswegen spielt das auch in der Bewertung jetzt unserer rechtswissenschaftlichen Einordnung keine Rolle.

00:53:24

Genau.
Das hätte ich ja gefragt, ob es darüber hinaus auch äh Überlegung gab.
Die andere Frage wäre, geht auch ein bisschen über dies rein juristische raus.
Sie hatten ja auch schon das KP Verbot ähm erwähnt.

Dann hat sich ja wenige Jahre später die DKP gegründet.
Die Wahrscheinlichkeit, dass nach dem AfD Verbot sich eine neue Partei mit ähnlicher Ausrichtung gründet, ist ja auch nicht unwahrscheinlich.
Also aus ihrer persönlichen Bewertung heraus, wie zielführend wä überhaupt ein Verbot langfristig betrachtet.

00:53:56

Wie gesagt, also wir als Gesellschaft für Freiheitsrechte und für die stehen wir sitzen wir gerade hier, verhalten uns zu diesen Fragen nicht.

Ja, bitte schön.

Sie haben es vielleicht erwähnt äh zwischendrin oder ich habe es dann eventuell auch überhört.

Wenn Sie aufs Programm der Bundespartei schauen, findet sich da auf der Basis ihres Gutachtens ein Punkt der Verfassungswidrigkeit belegt?

ähm einige die beitragen dazu.

Also, was wichtig zu verstehen ist, ist, dass nur einzelne verfassungswidrige Forderung und selbst einzelne verfassungsfeindliche Forderung, also die sich z.

00:54:32

B. Gegen die Menschenwürde richten, nicht ausreichen, um eine Partei zu verbieten, sondern wir haben gerade im Bereich Menschenwürde ein politisches Konzept gezeigt, das eben viele mehrere Klassen an Menschen aufmacht und ein wesentlicher Punkt waren beispielsweise die islamfeindlichen,

Muslimfeindlichen Forderungen, die im Bundesprogramm drin stehen.

Also sowohl das Verbot islamischer Kopftücher, das Musinrufverbot, das Minarettbauverbot und auf programmatischer Ebene, auch auf Landesebene gibt es auch z.

B. Für das Moscheebau, das komplette Moscheebauverbot in Sachsen.

00:55:06

Also, es gibt viele auch programmatische Anknüpfungspunkte, an denen wir uns orientiert haben.

Nicht ausschließlich, aber ja, das und auf der anderen Seite eben viele Gesetzesentwürfe, Anträge auf Bundesebene, auf Landesebene, die ebenso relevant sind.

Frau Digman, hatten Sie noch eine Frage?

Weil sonst habe ich mir es falsch aufgeschrieben.

Doch, äh ich hatte Sie fast schon wieder vergessen, aber da ist wieder.

Ich würde mich gerne noch mal ähm der Frage des Kollegen von der ARED anschließen.

Also, ich habe das verstanden, dass sie ergebnisoffen an ihr Gutachten rangegangen sind.

00:55:40

Ähm, trotzdem verstehe ich noch nicht so ganz, warum sie jetzt wo die Ergebnisse auf dem Tisch liegen, ich sag mal, der Frage ausweichen,

was ihre politische Forderung, die daraus entsteht ist.

Sie weichen wieder aus.

Okay, also ich habe nicht erwartet, dass ihn das so wichtig ist, dass wir dazu Position beziehen.

Der Vereinszweck der GFF ist unter anderem die Förderung von Wissenschaft und

Forschung und in dem Bereich verorteten wir dieses Gutachten als rechtswissenschaftliches Forschungsprojekt.

Ja, aber sie verordnen sich ja wahrscheinlich auch auf dem Boden der Freiheitlich demokratischen Grundung, selbstverständlich.

00:56:11

Mhm.

Danke.

Also ein Punkt, der vielleicht auch also vorhin ein bisschen untergehen, das hat ja auch nicht nur Wirkung jetzt für ein mögliches Verbotserverfahren,

sondern es geht auch darum, all den Menschen, Institutionen, NGOs, die z.

B. Um ihre Gemeinnützigkeit kämpfen,

Weil sie sich gegen die AfD einsetzen oder die für den Fördergelder deshalb gestrichen werden sollen,

eine Möglichkeit zu geben jetzt mit diesem Gutachten z.

B. Bei dem Finanzamt oder im Gerichtsverfahren oder wenn es eine amtenrechtliche ähm Rüge gibt oder was auch immer sich damit zu verteidigen,

00:56:42

weil sie jetzt ein Beleg dafür haben oder sehr viele Belege dafür haben, dass die AfD Verfassung widrig ist.

Insofern hat es für uns auch eine zivilgesellschaftliche Dimension, die jetzt nichts mit dem Verbotserverfahren zu tun hat.

Gibt es noch weitere Fragen?

Ja, Dr.

Moeri, vielleicht können Sie sagen,

Was für eine Rolle die sogenannte Immigration spielt in den Gudaken.

Ja, ist ein schillernder Begriff und wir haben uns mit dem intensiv auseinandergesetzt, haben insbesondere auch keine Belege dafür gefunden,

dass man ihn so auslegen oder wir haben wir haben ihn nicht so ausgelegt, dass damit auch Deutsche notwendigerweise mitgemeint sein müssen,

00:57:18

wie es gemein im politischen Raum ja auch politisch legitimerweise geschlossen wird.

Aber juristisch schieten wir diesen Schluss für nicht überzeugend,

weil es eben mehrere Millionen Ausländerinnen in Deutschland gibt und die könnten genauso gut und sind äh mindestens genauso wahrscheinlich gemeint.

ähm spielt auch eine Rolle relevanter bei der Frage, wie mit Schutzsuchenden umzugehen umgegangen wird.

Millionenfache Remigration ist ja letztlich eine elegante Formulierung für Ausländer raus,

wenn man äh sich das genau anguckt.
Und wer wer so pauschal an Abschiebungen rangeht, der droht natürlich Menschen auch in Folter abzuschieben und in andere Menschen unwürdige Behandlungen und dort

00:57:57

kommt es ins Spiel.

Wir haben das dieses Urteil aber nicht nur darauf gestützt auf diese massenhaften Abschiebung, sondern auch darauf, dass die AfD das Schutzsystem komplett abbauen möchte. Sie möchte vor allen Dingen keinen individualen Individualschutz mehr zulassen, Also keine keine Rechtsverfahren, kein Abschiebungsschutz vor Gerichten mehr.

Teilweise wird es ein bisschen zugespitzt formuliert, es wäre nur noch ein Gnadenrecht. Also das Asylrecht nur noch ein Gnadenrecht.

Und bezüglich Straftäterinnen und Gefährderinnen erklärt sie sogar auch ziemlich ausdrücklich, dass sie ausnahmslos, also eben auch in volle in Folter,

00:58:32

also in Menschen unwürdige Behandlung abgeschoben werden soll.

Also dort auf dieser Ebene kommt es durchaus zum Tragen.

Gibt es noch weitere Fragen?

Ja, jetzt sagt die AfD mit einem Parteitagsbeschluss, dass Remigrat Remigration für Sie was ganz anderes bedeutet,

Als die Definition, die Sie da anlegen.

Also inwiefern, was zählt da für Sie mehr?

Die Äußerung von Politikerinnen und Politikern, die sich anderweitig äußern oder der Parteitagsbeschluss, wo die AfD sagt, wir meinen mit Remigration was ganz anderes.

Ja, also diskutiert wird ja, ob mit millionfacher Immigration eben auch Deutsch mit Migrationsgeschichte gemeint sind und das lehnen wir fürs Gutachten ab.

00:59:07

Also diesen Schluss ziehen wir eben dezidiert nicht.

Ähm, aber dass dit massenhafte Abschiebung gemeint sind, das bestreiten auch z.

B. Auf Nachfrage Tino Grupaller nicht.

Und ähm gerade diese Forderungen,

Also wir haben die Dutzendfach belegt auch von hochreigen Stellen.

Ähm sie können die im Parteiprogramm so definieren, aber das Bundesverfassungsgericht sagt ganz klar, es kommt auf die wahrenziele der Partei an.

Und vernünftigerweise würde wahrscheinlich auch nur wenige in der Partei sagen, nein, wir wollen keine Millionenfachere Immigration.

Also, das ist schon jedenfalls in großen Größen Ordnung erklärtes Ziel der Partei.

00:59:38

Nur noch mal die Frage, sie hatten jetzt gerade eben die Verbände und Vereine angesprochen, die z.

B. In Sachsen anhalten noch dann vom Staate gefördert werden sollen,

Wenn es wenn sie ein glaubhaft patriotisches Bekenntnis ablegen.

Ähm in wie fern sagen Sie würde das diesen Verein helfen gesetztes falls man hätte einen AfD Ministerpräsidenten und der sagt,

die kriegen jetzt kein Geld mehr?

Ähm, das ist noch mal eine andere komplexe Frage, also die jetzt unser Gutachten gar nicht so unbedingt berührt.

Mir ging es darum, dass gemeinnützigen Organisationen häufig der Vorwurf gemacht wird, sie dürften sich nicht gegen die AfD engagieren,

01:00:12

weil das ja nicht noch hinreichend neutral sei, wenn man sich gegen eine Partei engagiere. Und äh das ist eine verbreitete Position und die steht jetzt natürlich aus sehr tönernen Füßen.

Wenn diese Partei sich gegen die Freiheitlich demokratische Grundordnung richtet und wir das eben nachgewiesen haben, dann kann man so eigentlich nicht mehr argumentieren.

01:00:51

Äh man würde ja sich selbst widersprechen, wenn man sagt, ihr seid gemeinnützig, dürft aber nichts tun gegen eine Partei,

die sich gegen dieses Gemeinwohl richtet.

Äh, das ergibt schich keinen Sinn mehr.

01:01:25

Gibt es noch weitere Fragen?

Die sehe ich nicht.

Dann bedanke ich mich ganz herzlich bei Professor Dr.

Valentina und Herrn Dr.

Muni.

Danke für Ihre Ausführung und danke für Ihre Fragen.

☺ ☺